

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Parlamentarischer Staatssekretär Fred Zander wirft der Opposition Polemik und fehlende Sachaussagen vor.

Seite 1/2

Elfriede Eilers MdB fordert die Verbesserung der Berufs- und Ausbildungschancen für Mädchen.

Seite 3/4

Hans Apel, der dritte SPD-Verteidigungsminister.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölnar Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 26

7. Februar 1976

Außer Polemik nichts zu bieten

In der Sache fällt der Opposition nichts ein

Von Fred Zander MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Es ist das demokratische Recht und auch die Pflicht einer Opposition, die Bundesregierung zu kritisieren und aufzuzeigen, was sie an Stelle der Regierung anders machen möchte. Hieraus lebt unsere parlamentarische Demokratie. Was sich jedoch während der Haushaltsberatungen abgespielt hat, kann nur verstanden werden als der verzweifelte Versuch, mit allen erdenklichen Mitteln die Bundesregierung und ihre Arbeit herabzusetzen. Die CDU/CSU hat offensichtlich immer noch nicht gelernt, ihre oppositionelle Rolle systementsprechend wahrzunehmen.

So konnte man beispielsweise vor der Beratung des Einzelplanes des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit gespannt sein, welche Vorstellungen die Opposition zu diesen Politikbereichen entwickeln würde als Alternative zur Arbeit der Bundesregierung. Anstelle von überlegenswerten und diskussionswürdigen Gegenvorstellungen kamen jedoch nur pauschale Anschuldigungen und polemische Spitzen.

In der Sache fiel den Oppositionssprechern zur Gesundheitspolitik eigentlich nichts erwähnenswertes ein; zur Familienpolitik meinte der Sprecher, Umschichtungen im Haushaltsentwurf fordern zu müssen. Wenn man allerdings einmal die Zahlen anschaut und feststellt, daß von dem Gesamtansatz des BMJFG in Höhe von 16,123 Milliarden DM allein 15,4 Milliarden DM - also über 95 Prozent für Kindergeldzahlungen vorgesehen sind, dann kann man eigentlich unschwer einsehen, daß die Bundesregierung der finanziellen Förderung der Familien große Bedeutung beimißt. Wenn man

die Fakten zur Kenntnis nimmt wird man feststellen, daß eben mit diesem Haushalt 1978 das Kindergeld vom 1. Januar dieses Jahres für das zweite Kind von 70 auf 80 DM und für das dritte und jedes weitere Kind von 120 auf 150 DM erhöht wurde. In Prozentsätzen bedeutet das im ersten Fall über 14 Prozent und im zweiten Fall 25 Prozent.

Allerdings: Man muß eben bereit sein, sich mit den Fakten auseinanderzusetzen und daran hapert es auch bei dem jugendpolitischen Sprecher der Opposition, der allerdings bei den Haushaltsberatungen gar nicht zum Zuge kam.

Der Abgeordnete Kroll-Schlüter hatte sich bereits vor den Haushaltsberatungen im Deutschland-Union-Dienst zur Jugendpolitik der Bundesregierung geäußert, indem er mehrfach die Perspektiven zum Bundesjugendplan zitierte. Von insgesamt drei Zitaten ist nur eines, nämlich das erste, korrekt wiedergegeben. Das zweite Zitat ist sinnentstellend unvollständig und das dritte weder in den Perspektiven noch in den Entwürfen dazu auffindbar.

Er führt als zweites Zitat an: "Die demokratische Gesellschaft der Bundesrepublik hat durch Erziehung und Bildung einen Beitrag zur Situation des Einzelnen zu leisten."

Richtig muß es heißen: "Die demokratisch verfaßte Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland hat zur Verwirklichung ihrer im Grundgesetz verankerten Ziele zu gewährleisten, daß die in ihr heranwachsenden jungen Menschen ihre Rechte und Pflichten in sozialer Verantwortung wahrnehmen lernen. Durch Erziehung und Bildung hat sie einen Beitrag zu einer Emanzipation des Einzelnen zu leisten, durch die das ganze Gemeinwesen einen Zuwachs an Freiheit und Gerechtigkeit erfährt."

Was das dritte Zitat angeht, so findet sich bislang in keinem Entwurf für die Perspektiven zum Bundesjugendplan, also auch nicht in den "bisherigen Perspektiven" eine Formulierung, die besagt, "daß Kinder und Jugendliche von der pädagogischen Fremdherrschaft traditioneller Erziehungs- und Bildungsinstanzen zu befreien seien".

Für die Mitteilung der tatsächlichen Fundstelle für diese Aussage wäre ich Herrn Kroll-Schlüter sehr dankbar. Ich würde es ferner begrüßen, wenn wir uns künftig in der politischen Auseinandersetzung mit der Opposition auf das tatsächlich Strittige beschränken könnten. Oder ist vielleicht die Gefahr für die Familie und für Deutschland die die CDU/CSU in unserer Politik sieht, ebenso schlecht belegbar wie die Zitate, die ihr als Beweis dafür dienen? (-/7.2.1978/ks/hgs)

+ + +

Überkommene Rollenzuweisungen Überwinden

Die Berufs- und Ausbildungschancen von Mädchen müssen verbessert werden

Von Elfriede Eilers MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft kann es sich als Verdienst anrechnen, mit dem Berufsbildungsbericht 1978 - dessen Entwurf sich gegenwärtig in der Sachverständigendiskussion befindet - erstmals mit einem ausführlichen Zahlenteil die Berufsbildungssituation von Mädchen zu beleuchten. Damit kommen sowohl Erfolge als auch Defizite der Bildungspolitik der letzten Jahre zu Tage. Am erfreulichsten ist die Situation der akademischen Berufsausbildung für Mädchen. Der Anteil der Studentinnen an der Studentenschaft ist insgesamt von 1965 bis 1976 um rund zehn Prozent gestiegen; allerdings zeigte sich von 1975 auf 1976 ein Rückgang des Anteils der weiblichen Studienanfänger von 36,6 Prozent auf 34,6 Prozent der Gesamtheit der Studienanfänger.

In der Berufsausbildung im dualen System ist die Benachteiligung der Mädchen erheblich augenfälliger. Wegen fehlender oder weniger anspruchsvoller Ausbildung sowie der Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe stehen Mädchen im Durchschnitt weniger qualifizierte oder schlechter bezahlte Berufe offen, fehlen ihnen Aufstiegsmöglichkeiten, sind sie überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit bedroht.

- Der Anteil der Mädchen an den arbeitslos gemeldeten Jugendlichen unter 20 Jahre ist überproportional hoch. Er betrug Ende September 1977 60 Prozent.
- Der Anteil der Mädchen an den Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag ist ebenfalls überproportional hoch. Er betrug 1976 knapp 2/3, obwohl die Mädchen im Durchschnitt höhere Schulabschlüsse aufzuweisen hatten als die Jungen. Die Entwicklung hat sich 1977 verschärft. So waren im September 1977 insgesamt 27.033 Bewerber für Berufsausbildungsstellen bei den Arbeitsämtern als noch nicht untergebracht gemeldet. Davon waren 10.060 männlich und 16.973 weiblich. 95 Prozent der noch nicht untergebrachten weiblichen Lehrstellensuchenden konnten einen Schulabschluß vorweisen, der für die Vermittlung in ein Ausbildungsverhältnis notwendig ist; 44,3 Prozent der Mädchen hatten sogar einen mittleren bis höheren Schulabschluß.
- Der Anteil der Mädchen an den Auszubildenden im dualen System betrug 1975 insgesamt nur 36,5 Prozent. Sie konzentrierten sich auf ein relativ enges Spek-

trum von Ausbildungsberufen, unter denen die sogenannten "Frauenberufe" überwiegen. So stellen Mädchen z.B. 1975 83 Prozent der Schüler an Schulen des Gesundheitswesens, darunter der überwiegende Teil in anerkannten Ausbildungsberufen wie Krankenschwester bzw. -pfleger, Hebamme oder Kinderkrankenschwester bzw. -pfleger. Auch andere schulische Ausbildungsgänge für Dienstleistungsberufe wie Erzieher(in), Dolmetscher(in) oder die Ausbildung zum Sozialpädagogen an Berufsfachschulen werden überwiegend von Mädchen gewählt.

Die Verbesserung der Berufs- und Ausbildungschancen von Mädchen ist für Sozialdemokraten eine große Aufgabe. Bereits in der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 appellierte Bundeskanzler Helmut Schmidt, mehr Berufe für Mädchen zu öffnen. Der Bundesbildungsminister hat erfreulicherweise in der Zwischenzeit Modellvorhaben zur Öffnung neuer Berufswege für Mädchen in sein Förderungsprogramm aufgenommen. In einem ersten Projekt sollen z.B. ab Mitte 1978 ca. 30 Mädchen zusätzlich zu den Jungen in diesen Ausbildungsgängen in den Berufen Meß- und Regelmechaniker, Dreher, Universalfräser, Stahlformenbauer, Chemiefacharbeiter und Betriebsschlosser ausgebildet werden. Ebenfalls dem Ziel, die starre Trennung zwischen "Männer- und Frauenberufen" aufzulockern, dient eine Reihe von Programmen, die in Nordrhein-Westfalen gestartet worden sind. Dabei handelt es sich vor allem um ein Programm, nach dem Arbeitgeber, die Mädchen in 54 ausgewählten "Männerberufen" und Jungen in 27 "Frauenberufen" ausbilden, für die Dauer von drei Jahren monatlich ein Zuschuß von 400 DM gezahlt wird.

Auch wenn der Staat also einiges zur Verbesserung der Berufs- und Ausbildungschancen von Mädchen tun kann, so ist es vor allem an der Familie, überkommene Rollenzuweisungen zu überwinden. Diese Rollenzuweisungen tragen - wie der Berufsbildungsbericht zu Recht kritisch anmerkt - einerseits dadurch, daß sie die Tätigkeiten des Helfens, Dienens, Pflegens als spezifisch weiblich bestimmen, zu einem geteilten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bei. Zum anderen drücken sie sich in bestimmten Formen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung aus, die Frauen zumindest phasenweise auf eine Tätigkeit im familiären und häuslichen Bereich festlegt, und deshalb die Zeit der Ausbildung und der Berufstätigkeit nur als eine Überbrückung zwischen Schule, Familiengründung und Kindererziehung erscheinen läßt. Daher lösen sich die Probleme der Berufs- und Ausbildungschancen von Mädchen nicht automatisch in dem Maße, in dem sich die allgemeine Ausbildungs- und Arbeitsplatzlage entspannt. Aber richtig ist auch, daß spezielle Förderungsmaßnahmen nur im Zusammenhang einer offensiven Politik für die Sicherung der Ausbildungschancen aller Jugendlichen durchgesetzt werden können.

(-/7.2.1978/vo-he/hgs)

"...das ungeliebte Militär?"

Der dritte Sozialdemokrat an der Bundeswehr-Spitze

Die Sozialdemokraten haben es in ihrer Geschichte schwer mit den Soldaten gehabt. Die nun schon weit über 100 Jahre SPD zeigen immer wieder Phasen auf, in denen es "um das Militär" zu bitteren Auseinandersetzungen in und mit der Partei gekommen ist. Der leidvolle und mit herben Opfern begleitete Weg der SPD läßt die historischen Gründe erkennen. Die konservativen Führungen der deutschen Armeen haben den Sozialdemokraten den Entschluß zum Zusammengehen und -wirken alles andere als leicht gemacht. Die Landesverteidigung, der Schutz nach außen war niemals umstritten.

Die beiden sozialdemokratischen Verteidigungsminister der zweiten deutschen Republik haben Dämme abgetragen und Barrieren beseitigt, die nach 1945 noch deutlich genug erkennbar waren. Es wäre vermessen, sagen zu wollen, daß bereits alle Vorurteile geschwunden wären. Mißtrauen auf der einen und Arroganz auf der anderen Seite sind noch virulent; das erste wird aus dem zweiten geboren und genährt. Kasinospott über "die Sozis" und eine aus unverantwortlichen Oppositionskreisen gespeiste Abneigung gegen "die Genossen" sind ein politisches Versagen, das zwar in zunehmendem Maße auf die Urheber zurückschlägt, aber tatsächlich der Gesellschaft und ihrer Bundeswehr argen Schaden zufügt. Die Spuren sollten selbst die Tölpel schrecken.

Der Hausherrnwechsel auf der Hardthöhe hat in manchen Medien Anlaß gegeben, solche Probleme wieder an- und aufzurühren. SPD und Bundeswehrführung sind in den letzten Monaten und Wochen, die durch die allein parteipolitisch initiierte und eskalierte Kampagne gegen den Bundesverteidigungsminister Georg Leber und seinen erzwungenen Rücktritt bestimmt waren, begreiflicherweise etwas dünnhäutig geworden. Der Leber-Nachfolger Hans Apel steht vor einem Bündel aktueller und schwererer Aufgaben, die baldmöglichst erledigt werden müssen, damit die Hardthöhe wieder zur normalen Arbeit kommt und die Funktionsfähigkeit unserer Verteidigungsstreitkräfte planmäßig weiter gestärkt werden kann. Der neue Mann, der Bundesrepublik dritter Sozialdemokrat an der Spitze der Bundeswehr, braucht Ruhe und Kraft, die nicht verzettelt und zerrieben werden darf. Sein Bekenntnis, daß er das Amt aus Pflichtgefühl übernommen hat, ist ein Programm, das allseitig akzeptiert werden kann und sollte, wenn man selbst Pflicht ernst nimmt.

Wer in diesen Stunden der Sozialdemokratie und den Sozialdemokraten das Wort vom "ungeliebten Militär" unterschieben will, der ist alles andere als hilfreich. Dieses leichtfertige Wort weckt unterschwellige Ressentiments hier und dort, an deren Abbau Helmut Schmidt und Georg Leber seit Oktober 1969, also seit mehr als acht Jahren, zäh und erfolgreich gearbeitet haben: Mit voller und aktiver Unterstützung der Bundestagsfraktion und der Partei. Die Armee weiß, was sie den beiden Sozialdemokraten auf der Hardthöhe zu danken hat, und die SPD weiß, daß sie und das ganze Volk sich auf die Armee verlassen können. Niemand soll und darf Hans Apel bei der Fortführung der Arbeit Schmidts und Lebers Knüppel zwischen die Beine werfen. Auch unbedenkt nicht. Wir werden sonst alle Schaden nehmen. Die Gesellschaft und ihre Bundeswehr. Und die äußere Sicherheit unseres Staates und des Bündnisses.

Erhardt Eckert
(-/7.2.1978/ks/hgs)